

Fragen an den Pharao

Hauptströmungen der Tutanchamun-Forschung: Eine Tagung zum hundertsten Jahrestag der Entdeckung seines Grabes.

Alan Gardiner war enttäuscht. Bereits kurz nachdem Howard Carter Ende November 1922 das Grab des Tutanchamun im Tal der Könige geöffnet hatte, schloss sich der britische Philologe, damals einer der angesehensten Experten für Hieroglyphen, Carters Team an, um bei der Entzifferung von Inschriften und Papyri zu helfen. Doch Gardiner bekam wenig zu tun. Es wurden kaum längere Texte gefunden und keine, denen ohne Weiteres historische Informationen über den Pharao zu entnehmen gewesen wären.

So sind es neben externen epigraphischen Spuren vor allem die mehr als fünftausend Objekte seiner Grabausstattung sowie seine Mumie, die man zu dem König befragen muss, der 1323 vor Christus nach rund zehn Regierungsjahren im Alter von etwa neunzehn Jahren verstarb. Dem Stand dieser Befragung war jetzt in Luxor eine Tagung des American Research Center in Ägypten gewidmet. Zum Auftakt sprach Francisco Bosch-Puche (Oxford) über die Grabungsakten, darunter die Aufnahmen, mit denen der Fotograf Harry Burton die sich über zehn Jahre hinziehende Bergung der Grabbeigaben dokumentierte. Marianne Eaton-Krauss (Berlin) befasste sich mit Carters Grabungstagebüchern sowie seinem dreibändigen Buch über die Entdeckung, warf aber auch einen erfrischend kritischen Blick auf die umfangreiche neuere Sachbuchliteratur zu Tutanchamun und seinem Grab.

Die Mumie war Thema mehrerer Beiträge. Salima Ikram (Kairo) ordnete die Autopsien altertumswissenschaftlich ein und entkräftete die Erzählungen vom behinderten Pharao. Zwei Mediziner, die 2005 an der bislang jüngsten Röntgenuntersuchung der Mumie beteiligt gewesen waren, widersprachen nicht. Ashraf Selim (Kairo) und Frank Rühli (Zürich) konnten zwar Malaria, ein Leiden am Mittelfuß sowie einen Beinbruch kurz vor dem Tod diagnostizieren, betonten aber, dass sich die Todesursache nicht sicher bestimmen lasse. Die Radiologin Sahar Saleem (Kairo) berichtete über den Stand der Untersuchung der beiden vor ihrer Geburt verstorbenen Mädchen, die in dem Grab gefunden wurden. Auch sie waren sorgfältig mumifiziert worden – inklusive Auspolsterungen im Gesicht –

und waren Genanalysen zufolge leibliche Töchter Tutanchamuns.

Menge, Qualität und Erhaltung machen die Grabbeigaben zu einem singulären Ensemble, dessen Erforschung keineswegs abgeschlossen ist – nur etwa 30 Prozent sind bisher wissenschaftlich publiziert. Katja Broschat (Mainz) gab einen Überblick über die Glasobjekte und insbesondere die farbigen Einlegearbeiten, unter anderem auf dem prächtigen Thronstuhl. Der genauere Blick offenbart hier faszinierende Details, etwa die Bilder gefangener Feinde – ein festes Element der königlichen Ikonographie des Neuen Reiches – im Kissen eines Schemels, auf dem die Füße des zusammen mit seiner Gattin dargestellten Pharaos ruhen.

Zu den weniger gut erhaltenen und daher lange kaum beachteten Funden aus Tutanchamuns Grab gehören Lederarbeiten. Christian Eckmann (Mainz) berichtete über Ergebnisse eines Forschungsprojektes zur vergoldeten Leder- ausstattung der im Grab vorgefundenen königlichen Streitwagen. Auf Resten unter anderem von Gurtzeug und Pfeilköchern ließen sich ikonographische Motive ägyptischer Provenienz feststellen, aber auch solche eines „internationalen Stils“, wie er beispielsweise auch auf Funden aus dem Stadtstaat Qatna in Syrien zu finden ist. Er ist ein Indiz für enge Kontakte zwischen den Staaten der vorderasiatischen Spätbronzezeit.

Aber nicht nur Daten aus dem Grab geben heute Auskunft über Tutanchamun und über seine Familie – Letztere ist seit Langem Gegenstand heftiger Kontroversen. Inzwischen sind Reste mehrerer Monumente identifiziert worden, die auf seine Regierung zurückgehen. Raymond Johnson (Chicago) ließ durch Christian Bayer (Hildesheim) Beobachtungen vorstellen, die er als Hinweise auf eine Darstellung Tutanchamuns vor seiner Thronbesteigung deutet. Es sind fragmentarische Reliefs auf wiederverwendeten Steinblöcken, und sie stellen Familienszenen dar, auf denen neben Tutanchamuns mutmaßlichem Vater Echnaton auch dessen Nebenfrau Kiya sowie ein Prinz zu sehen sind. Nach Johnson muss es sich um Tutanchamun handeln, dessen Mutter dann vermutlich ebendiese Kiya war. Dies würde den – unter Paläogenetikern ohnehin umstrittenen – DNA-Untersuchungen von 2010 widersprechen,



Ohranhänger aus dem Grab des Tutanchamun. Unten ein Endstück der Befestigung, links in normalem Licht, rechts im UV, welches das als Hinterglasmalerei ausgeführte Bild eines Pharaos besser sichtbar macht. Es erinnert manche weniger an Tutanchamun als an Nofretete.

Fotos Ch. Eckmann, RGZM



Hessen tritt auf wie einer von den Gnomen aus Zürich

Nach Schweizer Vorbild halten sich die kleineren deutschen Staaten für unentbehrlich: Das dritte „Fuldaer Föderalismus Forum“

Der klassizistische Marmorsaal ist ein Fremdkörper im barocken Fuldaer Stadtschloss. An der Decke erinnert das Wappen des Kurfürstentums Hessen an die frühere territoriale Zugehörigkeit der Stadt; mit dem protestantischen Kurfürsten im nur nach Kilometern nahen Kassel war man hier nicht glücklich. Auch später in Preußen oder nach 1945 im Staat Groß-Hessen beziehungsweise Bundesland Hessen kam dem katholischen Fulda eine Sonderrolle zu. Das „fuldische“ – auf das Eigenschaftswort wird Wert gelegt – Verhältnis zum Föderalismus ist ungebrochen, das lokale Selbstbewusstsein reicht für ein ganzes Bundesland. Der in Nordhessen aufgewachsene Schriftsteller Peter O. Chotjewitz rief Fulda zur Hauptstadt von „Schwarzhessen“ aus, „wo die CDU bayerische Wahlergebnisse erreicht“. Das gilt bis heute: In der Bundestagswahl 2021 erhielt die CDU im Wahlkreis 174 (Fulda) 31,1 Prozent der Zweitstimmen, die CSU in Bayern 31,7 Prozent.

Zum dritten Mal fand in diesem Jahr das „Fuldaer Föderalismus Forum“ statt, ausgerichtet von einem Verein namens Bürgerschaftliche Initiative. Die erste Tagung („König Konrad I.: Auf dem Weg zum ‚Deutschen Reich‘“) wurde 2005 ausgerichtet, die zweite („Föderalismus in Deutschland. Zu seiner wechselvollen Geschichte vom ostfränkischen Königtum bis zur Bundesrepublik“) 2018. Trotz Pandemie wurde der Rhythmus der Zusammenkünfte des Forums also erheblich beschleunigt. Die wissenschaftliche Organisation lag in München beim Institut für Zeitgeschichte, als Tagungsleiter wirkte dessen Direktor Andreas Wirsching. Dass der Marmorsaal wegen hygienischer Vorsichtsmaßnahmen an ein Bühnenbild Anna Viebrocks für den schweizerischen Regisseur Christoph Marthaler einschließlich des obligatorischen Klaviers und eines scheinbar vergessenen Schildes „Ende des Museumsbereichs“ erinnerte, war kein Nachteil. Die Schweiz ist das Musterland des Föderalismus; zum Museumsstück wollte ihn kein Forumsteilnehmer erklären.

Andreas Wirsching, in der Tradition seines Instituts einem Ideal von Zeitschicht als Demokratiewissenschaft verpflichtet, zog in seinen Begrüßungsworten den aktuellen zeithistorischen Horizont des Themas aus: Es sei kein Zufall, dass Wladimir Putin den russischen Bundesstaat beseitigt habe. Andere Referenten wie die als Helmut-Schmidt-Biographin der Realpolitik besonders verpflichtete Hélène Miard-Delacroix (Paris) rechneten aber Russland weiter den Bundesstaaten zu, ebenso die Vereinigten Arabischen Emirate, deren Herrscher noch kein deutscher Regierungsvertreter zu lupenreinen Demokraten nobilitiert hat.

Den Preußen wurde die Führung aus dem Südwesten angetragen

Im Rückblick auf das Jubiläum der Gründung des Deutschen Reiches wollte man „150 Jahre Nationalstaat und Föderalismus in Deutschland“ erörtern, also diesmal nicht mehr bis zu dem in Fulda bestatteten Konrad I. zurückgehen. Wohl aber über Bismarck hinweg bis zu Napoleon, mit dem Thomas Nipperdey 1983 seine deutsche Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts hatte beginnen lassen. Dieter Langewiesche (Tübingen), der vor zwei Jahren bei Kröner eine „andere deutsche Geschichte“ mit dem Titel „Vom vielstaatlichen Reich zum föderativen Bundesstaat“ vorlegte, erinnerte daran, dass das konservative Österreich bis 1871 als der führende deutsche Staat galt. Eine preußische Führungsrolle forderten, wie Wolfgang Neugebauer (Berlin) darlegte, zunächst südwestdeutsche Liberale wie Paul Achaz Pfizer oder der junge Heinrich von Treitschke, der, aus Sachsen gebürtig, von 1863 bis 1866 als Professor in Freiburg wirkte. Sie wollten eine Überwindung der Kleinstaaterei erreichen. Die preußische Politik suchte lieber die Nähe Österreichs – und Russlands.

Das 1871 unter preußischer Führung gegründete Deutsche Reich war nach der Verfassung streng föderal. Christoph Nonn (Düsseldorf) wollte den Begriff

„Reichsgründung“ und den Anteil Bismarcks daran relativiert wissen, nicht aber am gleichen und allgemeinen Wahlrecht; Bismarck hoffte, mit dem demokratischen Wahlmechanismus konservativer Mehrheiten zu gewährleisten. Die Rechnung ging nicht auf, die tatsächliche Bedeutung des Reichstags nahm zu, seine Debatten unitarisieren eine politisierte und gut informierte Öffentlichkeit. Das formal wichtigste Staatsorgan des Kaiserreichs war der Bundesrat als Vertretung der Länder, vorgestellt von Oliver Haardt (Cambridge), einem Schüler von Christopher Clark. Er tagte nicht öffentlich und ohne Wortprotokolle. Die meisten Kleinststaaten ließen sich über das „Substitutionsrecht“ von anderen vertreten, beliebt war das Großherzogtum Oldenburg. Als „Mr. Bundesrat“ mit größter Präsenz bei Sitzungen machte Haardt einen Beamten der preußischen Kanalverwaltung aus.

Hugo Preuß wollte Preußen 1919 auflösen und die Länder herabstufen; dabei berief sich der Linkliberale auch auf den konservativen Bismarck-Gegner Konstantin Frantz. Diese Pläne, erläutert von Michael Dreyer (Jena), zerschlugen sich, als Sozialdemokraten in Preußen und Bayern die Regierung stellten. Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner (USPD) verteidigte „wie der letzte Wittelsbacher“ bayerische Sonderrechte; der preußische Ministerpräsident Otto Braun (SPD) berief sich ausdrücklich auf den Sozialistenhasser Treitschke.

Eine der größten Leistungen der Weimarer Republik war die von Stefanie Middendorf (Jena) vorgestellte Reichsfinanzverwaltung; sie entsprach sozialdemokratischen Zielen. Der württembergische Sozialdemokrat Wilhelm Keil hatte 1917 beklagt, es sei von einem Wirtschaftsraum von „Bremen bis Bagdad“ die Rede, doch seien nicht nur in Sachsen, Preußen oder Bayern unterschiedliche Steuererlässe in Kraft. Die ersten „Reichsfinanzbeamten“, darunter der 1945 in Plötzensee hingerichtete Staatssekretär Johannes Popitz, waren zum Teil von „utopischen Einheitserwartungen“ angetrieben.

Die Nationalsozialisten entmachteten die Länder, schafften sie aber auch nicht ab. Bernhard Gotto (München) zeigte dies an dem grotesken Streit zwischen Bayern und dem Reich über die Finanzierung des Konzentrationslagers Dachau. Eine konkurrierende Gliederung waren die „Gau“, der NSDAP, wobei Gauleiter der Peripherie, wie Michael Kifner (Mainz) berichtete, sich beim Krankenmord der „Euthanasie“ oder bei den Aktionen gegen die „Entartete Kunst“ radikaler und eifriger als die Zentrale in Berlin gebärdeten. Nach der Niederlage waren die Alliierten einschließlich der Sowjetunion laut Hermann Wentker (Berlin) an Ländern interessiert, um überhaupt deutsche Ansprechpartner zu besitzen. Die DDR schaffte die Länder 1952 tatsächlich ab – aber auch nicht endgültig.

Der Länderfreund Strauß stärkte die Finanzmacht des Bundes

Einige Konstanten des deutschen Föderalismus ergeben sich nicht aus der geschriebenen Verfassung. Die Instrumentalisierung des Bundesrats durch die Parteien begann früh; etwas holprig reimte 1954 die hessische CDU in einem von Siegfried Weichlein (Fribourg) vorgetragenen Gedicht: „Deine Wahl im Hessenstaat / Zählt im Bonner Bundesrat. / Regierung Zimm stützt Ollenhauer / wählt CDU für Adenauer.“ Stefan Oeter (Hamburg) wählte in seinem kurzweiligen Referat ein sportliches Bild: „Nach der Föderalismusreform ist vor der Föderalismusreform.“ Die nachhaltigste Reform erfolgte während der Großen Koalition unter Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß, einem erklärten Föderalisten, der den Bund finanzpolitisch auf Kosten der Länder stärkte.

Parteiübergreifend hielten alle Bundesregierungen die Länder europapolitisch an der kurzen Leine; Ländervertreter mussten auf der Besucherterrasse des Europäischen Parlaments Platz nehmen. Guido Thieme (Düsseldorf) stellte mit dem kurzzeitigen Hamburger Bürger-

den zufolge Tutanchamuns Eltern Vollgeschwister waren. Alle epigraphische Evidenz spricht gegen eine Abstammung Kiyas aus der Königsfamilie.

Zur politischen Umgebung des jungen Pharaos ist die Datenlage heute um einiges besser. Hier stellte Nozomu Kawai (Kanazawa) seine beeindruckende Synthese einer Fülle epigraphischer Befunde zum Hofpersonal vor. Er beschreibt eine Gruppe von zwölf zum größten Teil namentlich bekannten hohen Beamten, die eine in der ägyptischen Geschichte bis dahin beispiellose Machtfülle besaßen und königliche Vorrechte für sich reklamiert hätten. Tutanchamun wäre dann wahrscheinlich nicht nur in seinen ersten Jahren auf dem Thron, als er noch ein Kind war, eine Marionette dieser Gruppe gewesen. Die beiden mächtigsten ihrer Mitglieder, der Höfling Eje und der General Harmehab, wurden schließlich seine Nachfolger.

Die Umstände, unter denen Tutanchamun auf den Thron kam, bleiben allerdings im Dunkeln. Es gibt Hinweise auf zwei namentlich unterschiedene Herrscher zwischen Echnaton und Tutanchamun, von denen zumindest einer weiblich war. Wie der britische Ägyptologe Nicholas Reeves darlegte, wurden praktisch alle wichtigen Komponenten der Grabausstattung – einschließlich der berühmten Goldmaske – für die Bestattung dieser Vorgängerin angefertigt und für Tutanchamun lediglich umgearbeitet. Reeves selbst vertritt die Auffassung, diese Vorgängerin stecke hinter beiden obskuren Herrschernamen und es handle sich um Echnatons Hauptgemahlin Nofretete. Überdies glaubt Reeves, ein Experte für das Tal der Könige, dass sich das Grab des Tutanchamun hinter der Nordwand seiner Sarkammer zum noch intakten Grab seiner Vorgängerin fortsetzt. Seine Vermutung stützt er auf eine Reihe zuerst 2015 veröffentlichter archäologischer Argumente. Radarmessungen konnten diese Vermutung bislang nicht stützen, und so bleibt sie umstritten. Auch in Luxor traf Reeves damit – wenn auch nicht in der Saaldiskussion nach seinem Vortrag – auf Widerspruch.

Eine zweite von Plünderung verschonte Bestattung aus einer der am meisten von Geheimnissen umwitterten Epochen der ägyptischen Geschichte wäre aber vielleicht auch zu schön, um wahr zu sein. Allerdings ist auch Tutanchamun nicht unberaubt geblieben. Schon kurz nach seiner Beisetzung war zweimal in seine Gruft eingebrochen worden. Auch bestehen heute keine Zweifel mehr daran, dass Carter und sein Geldgeber Lord Carnarvon einige kleinere Fundstücke unterschlagen haben. Weniger bekannt ist, was Marc Gabolde (Montpellier) ansprach: Nach Abschluss von Carters Arbeiten und vor der ersten Röntgenuntersuchung 1968 wurde die Mumie, die in dem Grab im Tal der Könige verblieben war, doch noch gefleddert. Teile eines auf der Brust des Königs verbliebenen Schmuckstücks fand Gabolde 2015 im Katalog eines Londoner Auktionshauses. ULF VON RAUCHHAUPT

Mehr nicht erschienen

Zum Ende der Zeitschrift „Information Philosophie“

Mit der jüngst ausgelieferten Doppelausgabe (Heft 3/4) des 50. Jahrgangs stellt die Zeitschrift „Information Philosophie“ ihr Erscheinen ein. Die deutschsprachige akademische Philosophie verliert ihr am weitesten verbreitetes Kommunikationsorgan. Die Nachricht kommt überraschend, weil man im Fach nichts hatte läuten hören, obwohl fast jeder die Zeitschrift liest. Die Gründe für das Ende sind zahlreich. Am schwersten wiegt für den Herausgeber Peter Moser die veränderte Vortrags- und Publikationspraxis in der Philosophie. Ein kleinteiliges Format bestimmt den Inhalt, der in solcher Spezifizierung eine breitere Öffentlichkeit oft nicht mehr interessiert. Sprich: Philosophie ist tendenziell zu langweilig geworden, in der den Naturwissenschaften orientierten Kürze liegt gerade nicht die Würze. Schon in Heft 2/2012 schrieb Moser: „Monographien haben bislang der Philosophie die meisten Impulse gegeben. Von manchen Professorinnen und Professoren erscheinen nach der Habilitation eine Vielzahl von Papers zu verschiedenen Themen, aber keine Bücher mehr.“ Hier hätte man das Ende läuten hören können.

Moser teilt es auf dem wie gewohnt schwarz-weiß gehaltenen Deckblatt mit; dort, wo sonst der Essay einer philosophischen Größe angezeigt wird. Alle haben sie hier veröffentlicht, von Ernst Topitsch über Jean-François Lyotard und Hermann Lübbe bis zu Kurt Flasch, Jürgen Habermas, Birgit Recki, Dieter Birnbacher und Donatella Di Cesare. Mehr Themen-, Methoden- und Epochenvielfalt ist kaum möglich. Neben dem Essay gab es publikumswirksame Stellungnahmen zu Kontroversen, wie Moser sie etwa zu „Freiheit vs. Impflicht“ (Heft 1/2022) von vier Professoren schriftlich erbat. In der gedruckten Zusammenschau wurde so das kritische Potential angezeigt, das man von der akademischen Philosophie erwarten darf – auch und gerade dann, wenn sie es nicht selbst in eine vielstimmige Debatte zu überführen vermochte.

Nun verstören auf dem Deckblatt die Wörter „letzte Ausgabe“, und sie sind nicht ganz mittig eingekreist. Derartige war Mosers Markenzeichen und Gütesiegel, weil die Form zum Inhalt im Spannungsverhältnis steht und sich ihm bisweilen fügen muss statt umgekehrt. Fünfzig Jahre lang stand das wie gebastelt anmutende Layout im Gegensatz zum professionell-ausgewogenen Überblick des gelerten Buchhändlers, der anfangs in erster Linie über Neuerscheinungen informieren wollte. Für viele Nutzer blieb dies die wichtigste Rubrik. Hier konnte man sich auf Mosers Sinn für Qualität ebenso verlassen wie auf den für Trends und den für Humor. So merkte er 1975 zu Josef Piepers Buch „Autobiographische Aufzeichnungen“ an: „Vermeidung von philosophischen Passagen“. Moser gruppierte nach einer Systematik aus Allgemeinbegriffen mehrere Hundert Buchtitel in deutscher, englischer und französischer Sprache pro Heft. Die Geschichte der Philosophie hatte dabei einen hohen Stellenwert. Dass er den Überblick behielt, war umso wichtiger, je mehr sich das Fach enthistorisierte und reflexionsbedürftige Allgemeinbegriffe wie „Erkenntnis“ in scientizistische Spezialgebiete des Philosophierens umgewandelt wurden („Künstliche Intelligenz“). Nur so konnten auch Gegenbewegungen registriert werden.

Zum erschwinglichen Abo-Preis von zuletzt 26,30 Euro pro Jahr plus Porto wurde vier- bis fünfmal im Jahr ein Heft von gut 150 Seiten geliefert. Verlegerin war die Philosophin Dr. Claudia Moser, Inhaberin des gleichnamigen Verlags in Lörrach und Mosers Ehefrau. Anfangs wurde in Zürich und Basel verlegt, die Hefte in Buchhandlungen verkauft. Aus dieser Frühzeit stammt das erste Exemplar, das wir an der TU Braunschweig haben. Jemand hat das Heft 4/1975 erworben und weitsichtig darauf notiert: „aufheben“. Es hat nur 23 Textseiten, aber bereits die Rubriken Essay, Kongressbericht, Rezension, Neuerscheinungen und Nachrichten. In Heft 3/1977 gibt es schon Berichte zu Hochschulen, zum Beispiel Düsseldorf: „Erstmals in der Geschichte der jungen Philosophischen Fakultät wurde der Unterricht durch einen Streik der Studenten vollkommen lahmgelegt. Beim Streik geht es vor allem um den Leistungsdruck, den viele Studenten unerträglich finden; können doch viele nur mit Tabletten durchkommen.“ Für ihre Zeitschrift, der sie eine Homepage mit Stellenmarkt beigestellt hatten, erhielten die Mosers 2008 das Bundesverdienstkreuz.

Denn die „Information Philosophie“ war für alle Philosophen im deutschsprachigen Raum zuständig, für Student und Professorin, Lehrerin und Freiberufler mit philosophischer Praxis. Nun ist sie ein wertvolles Archiv. Sie vereint Fachinformationsdienst, Presseschau und philosophischen Boulevard, überschritt aber nie die Grenze zu jener Populärphilosophie, die um der Aufmerksamkeitswillen „philosophiert“. Gut hundert Hochschulbibliotheken von Aachen bis Zürich besitzen sie, zudem Goethe-Institute von Bukarest bis Mexiko-Stadt. Sie wissen um die sogenannte Soft Power der deutschsprachigen Philosophie für die Kulturpolitik. Wir hingegen haben spätestens jetzt den Überblick verloren. NICOLE C. KARAFYLLIS